

## Kommunalrecht

Ein Studienbuch

Bearbeitet von  
Prof. Dr. Max-Emanuel Geis

4. Auflage 2016. Buch. Rund 320 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 406 70256 3  
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Recht > Öffentliches Recht > Kommunalrecht > Kommunalrecht,  
Kommunalverfassung

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Kurzlehrbücher  
für das juristische Studium

Geis  
Kommunalrecht

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**Kommunalrecht**

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ein Studienbuch

von

**Dr. Max-Emanuel Geis**

o. Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg

4., neu bearbeitete Auflage, 2016

C. H. BECK 



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 978 3 406 70256 3

© 2016 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH  
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 4. Auflage

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Neuauflage des Lehrbuches enthält zahlreiche Ergänzungen und Neuerungen, die durch die Entwicklungen nach Lissabon (u. a. die Einführung einer Europäischen Bürgerinitiative), aber auch durch die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Kommunen zugekommen sind (von der Schuldenbremse bis zur Darstellung riskanter Finanzierungsmodelle, etwa dem US-Cross-Border-Leasing, die zeitweise einen regelrechten Boom erfuhren). Insgesamt stellt der Bereich des kommunalen Wirtschaftsrechts wegen seiner überragenden Bedeutung nach wie vor einen Schwerpunkt des Buches dar, selbst wenn dieser Bereich im juristischen Grundstudium noch eher peripher erscheint. Die Ausführungen zu den neuen Steuerungsmodellen wurden erweitert und die Darstellungen zum Landkreis und den kommunalen Spitzenverbänden vertieft.

Zu großem Dank verpflichtet bin ich diesmal vor allem meinen Mitarbeitern Dipl. jur. Peter Reiß und Ass. jur. Akad. Rat Thomas Seefried, die das Manuskript in überaus sorgfältiger Weise betreut haben, und die auch einschlägige Erfahrungen als Kommunalpolitiker und Rechtsanwalt einbringen konnten. Die studentischen Hilfskräfte Alexandra Lörinczy und Markus Schweyer haben sich in mühsamer Kleinarbeit um die Aktualisierung der Normensynopse und die Fahnenkorrektur verdient gemacht.

Rechtsprechung und Schrifttum sind – soweit möglich – bis Juni 2016 berücksichtigt.

Erlangen, im Juli 2016

*Max-Emanuel Geis*

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Vorwort

Das Kommunalrecht gehört seit jeher zum Pflichtkanon der juristischen Ausbildung. Zugleich gehört es – zusammen mit dem Polizei- und Sicherheitsrecht – zu den Domänen des Landesrechts, das im Zuge der Föderalismusreform 2006 insgesamt eine deutliche Aufwertung erfahren hat.

Gerade das Kommunalrecht hat sich indes von Anfang an in sehr unterschiedlichen Modellen entwickelt. Seine Entwicklung nach dem Krieg stand in den einzelnen neu entstehenden Ländern sehr unter dem Einfluss der Alliierten in ihren jeweiligen Besatzungszonen. Wenn sich auch die differierenden Landesgesetze in jüngerer Zeit partiell angenähert haben, wirkte auf das Kommunalrecht keine vereinheitlichende Kraft wie der Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes (MEPolG) des „benachbarten“ Polizeirechts – was aber im Interesse lebendiger Vielfalt nicht unbedingt ein Nachteil sein muss.

Für den Verfasser eines Kommunalrechtslehrbuchs stellt sich freilich die juristische Gretchenfrage, sich an einer bundesweiten – und dabei entweder nivellierenden oder lexikalisch überbordenden – Darstellung zu versuchen oder sich mit einer länderbezogenen Darstellung zu begnügen, die dann freilich im Rahmen des verfügbaren Platzes wesentlich detaillierter auf die landestypischen Besonderheiten eingehen kann.

Das vorliegende Buch verfolgt einen Mittelweg: Die Institutionen und Handlungsweisen werden schwerpunktmäßig an den Gemeindeordnungen der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, die unterschiedliche Kommunalrechtstraditionen verkörpern, sowie Sachsens als Vertreter der neuen Bundesländer erläutert, ohne dass dabei der Blick auf Besonderheiten anderer Länder ausgespart wird. Die im Anhang abgedruckte Normensynopse der Gemeindeordnungen in Deutschland soll es dabei ermöglichen, die sich einander entsprechenden Bestimmungen aufzuspüren und gleichzeitig den Haupttext von unübersichtlichen Zitatenkaskaden zu entlasten.

Besonderer Wert wurde auf die Darstellung der kommunalen Wirtschaft und des Systems der Kommunalfinanzen gelegt, die leider im Studium häufig etwas kurz kommen, in der Praxis aber von elementarer Bedeutung sind. Zugleich befinden sich gerade hier wichtige Schnittstellen zu anderen Rechtsgebieten (z. B. zum Gesellschaftsrecht und Abgabenrecht).

Ganz herzlich danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an meinem Lehrstuhl, die sich in vielfältiger Weise um die Entstehung dieses Buches verdient gemacht haben: zunächst meinem ehemaligen Mitarbeiter und jetzigen Regierungsrat Herrn *Markus Fischer*, der einen sehr sorgfältig recherchierten Textentwurf für zentrale Teile des Buches und die abschließende Normensynopse erstellt hat, weiter Frau Akad. Rätin a. Z. *Birgit Bachmeier* und Herrn Akad. Rat a. Z. *Sebastian Madeja*, die mich in der Endphase mit wertvollen textlichen Zuarbeiten gerade zum Thema Gemeindewirtschaft und -finanzen tatkräftig unterstützten. Besonders danken möchte ich auch meinem Wissenschaftlichen Assistenten, Herrn *Dr. Daniel Krausnick*, der in bewährter und verlässlicher Weise meine Texte „gegengelesen“ hat, und dem ich viele wertvolle Anregungen zur Präzisierung der Darstellung und ihrer Verständlichkeit verdanke.



Unverzichtbar waren auch die vielfältigen Arbeiten meiner studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte Frau *Mila Atanasova*, Frau *Eva Maria Leibinger*, Herrn *Daniel Eules*, Herrn *Oliver Schmidt* und Herrn *Stefan Thirmer*, sei es in der Betreuung von Auflistungen aller Art, des Literatur- und Abkürzungsverzeichnisses, sei es in der Beschaffung auch „abgelegener“ Literatur, sei es im technischen Support, vor allem aber auch in der Bereitschaft zur Lektüre der Textteile und (höchst wichtigen) Bewertung aus studentischer Perspektive. Der weit überobligationsmäßige Einsatz aller fand aber sein sicheres Fundament in der Betreuung durch Frau *Marion Pohan*, Sekretariat, die die vielfältigen Aktivitäten aller warmherzig und geduldig koordinierte.

Danken möchte ich last but not least meiner Frau und meinen Kindern, die die zeitliche Bindung meiner Person an vielen Wochenenden mitgetragen haben – insofern hat sich im Vergleich zur Situation während der Zeiten von Promotion und Habilitation nichts Wesentliches verändert.

Jedes Buch – zumal die Erstauflage – ist verbesserungsfähig; für Fehlerhinweise und Verbesserungsvorschläge an meine Anschrift: Prof. Dr. Max-Emanuel Geis, Institut für Staat- und Verwaltungsrecht, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Schillerstraße 1, 91054 Erlangen, e-mail: max-emanuel.geis@jura.uni-erlangen.de bin ich allen geneigten Lesern dankbar.

Erlangen, im Juni 2008

*Max-Emanuel Geis*

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XVH
Literaturverzeichnis .....	XXI

## Erster Teil. Grundlagen

<b>§ 1. Begriff und Bedeutung des Kommunalrechts .....</b>	<b>1</b>
I. Begriff des Kommunalrechts .....	1
II. Kommunalrecht im Alltag .....	1
III. Kommunalrecht im Studium .....	2
IV. Kommunalrecht und Kommunalwissenschaften .....	2
<b>§ 2. Geschichtliche Entwicklung des Kommunalrechts .....</b>	<b>3</b>
I. Die Kommune als Lebensmittelpunkt der societas .....	3
II. Die Bedeutung der Städte im Mittelalter .....	4
III. Die Entwicklung der Gemeinden in der Neuzeit .....	8
IV. Weimarer Republik und Drittes Reich .....	11
V. Die Kommunen nach 1945 .....	13
VI. Die Kommunen in der DDR .....	15
VII. Die Kommunen nach der Wiedervereinigung bis heute .....	18
<b>§ 3. Gemeindeverfassungssysteme .....</b>	<b>21</b>
I. Die historische Unterscheidung nach Organstrukturen .....	21
II. Dualistische und monistische Aufgabenstruktur .....	21
1. Aufgabendualismus .....	21
2. Aufgabenmonismus .....	22
3. Bewertung .....	23
<b>§ 4. Rechtlicher Regelungsrahmen .....</b>	<b>23</b>
I. Die Gemeinden im Bundesrecht .....	23
1. Grundgesetz .....	23
2. Bundesgesetze .....	25
II. Die Gemeinden im Landesrecht .....	25
1. Landesverfassungen .....	25
2. Kommunalgesetze der Länder .....	26
III. Die Kommunen im Europäischen Recht/Europarecht .....	28
1. Recht des Europarats .....	28
2. Recht der Europäischen Union .....	29

## Zweiter Teil. Die Gemeinde

<b>§ 5. Allgemeines .....</b>	<b>33</b>
I. Die Gemeinde als Gebietskörperschaft des Öffentlichen Rechts ...	33
1. Selbstverwaltung als Organisationsmodell .....	33
2. Das demokratische Element .....	34
II. Recht der Gemeinde am eigenen Namen .....	35

III. Rechtssystematische Stellung der Gemeinde	37
1. Rechtsfähigkeit	37
2. Deliktsfähigkeit	37
3. Beteiligten-, Partei- und Prozessfähigkeit	38
4. Grundrechtsfähigkeit	38
5. Dienstherrenfähigkeit	39
6. Insolvenzfähigkeit	40
IV. Die Gemeinde im Verwaltungsaufbau	40
<b>§ 6. Die Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 II GG</b>	41
I. Die Garantie des Typus „Gemeinde“	42
II. Die Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung	42
1. Die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	42
2. Allzuständigkeit der Gemeinden	43
3. Eigenverantwortlichkeit der Gemeinde	43
4. Gesetzesvorbehalt für Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht	44
a) Garantie der Unantastbarkeit des Kernbereichs	45
b) Eingriffe in die übrigen Bereiche; Anforderungen an den Entzug gemeindlicher Aufgaben	45
5. Positive Erweiterungen	46
a) Grundsatz des gemeindfreundlichen Verhaltens	46
b) Mitwirkungsrechte bei übergeordneter staatlicher Planung	46
III. Die Gemeindehoheiten	47
1. Gebietshoheit	47
2. Personalhoheit	48
3. Organisationshoheit	48
4. Satzungshoheit	49
5. Planungshoheit	49
6. Finanzhoheit	50
7. Kulturhoheit	51
IV. Finanzielle Gewährleistungen	51
1. Das Recht auf angemessene Finanzausstattung	51
2. Das Recht auf finanzielle Mindestausstattung	52
3. Verfassungsrechtliche Schranken	53
a) Eingriffe in das Recht auf angemessene Finanzausstattung	53
b) Eingriffe im geschützten Kernbereich	54
V. Gewährleistungen der kommunalen Selbstverwaltung in den Landesverfassungen	55
VI. Weiterentwicklung kommunaler Selbstverwaltung – Das neue Steuerungsmodell	57
<b>§ 7. Systematik der gemeindlichen Aufgaben</b>	59
I. Aufgabenarten	59
1. Weisungsfreie Aufgaben	60
a) Freiwillige Aufgaben	60
b) Pflichtaufgaben	61
2. Weisungsaufgaben	61
a) Pflichtaufgaben nach Weisung	61

b) Weisungsaufgaben aufgrund von Bundesrecht .....	62
II. Auferlegung von neuen Pflichtaufgaben .....	63
III. Aufgaben von kreisfreien Gemeinden/Stadtkreisen und Großen Kreisstädten .....	64
<b>§ 8. Kommunales Satzungsrecht .....</b>	<b>65</b>
I. Satzungsautonomie aus Art. 28 II GG .....	65
II. Arten gemeindlicher Satzungen .....	66
1. Unbedingte Pflichten Satzungen .....	67
2. Bedingte Pflichten Satzungen .....	67
3. Freiwillige Satzungen .....	67
III. Formelle und materielle Anforderungen .....	68
1. Formelle Anforderungen .....	68
2. Materielle Anforderungen .....	68
IV. Einzelprobleme .....	69
1. Bekanntmachung .....	69
2. Rückwirkung .....	70
3. Eingriff in Grundrechte .....	72
4. Anzeigepflicht und Genehmigungsvorbehalt .....	73
5. Unbeachtlichkeit von Fehlern sowie Heilungsregelungen .....	74
<b>§ 9. Das Gemeindegebiet .....</b>	<b>76</b>
I. Institutionelle Garantie .....	76
II. Voraussetzungen für Gebietsänderungen .....	76
1. Formelle Voraussetzungen .....	76
2. Materielle Voraussetzungen .....	77
<b>§ 10. Gemeindeeinwohner und Gemeindebürger .....</b>	<b>78</b>
I. Einwohner und Bürger .....	78
1. Begriff des Gemeindeeinwohners .....	78
2. Begriff des Gemeindebürgers .....	79
3. Stellung der Ausländer .....	80
II. Rechte der Gemeindeangehörigen .....	81
1. Anspruch auf Benutzung der öffentlichen Einrichtungen .....	81
a) Begriff der öffentlichen Einrichtung .....	81
b) Errichtung einer öffentlichen Einrichtung .....	84
c) Zulassung zu einer öffentlichen Einrichtung .....	85
d) Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses .....	86
e) Einschränkungen des Zulassungsanspruchs .....	89
f) Rechtsschutz .....	92
2. Rechte bürgerschaftlicher Beteiligung .....	94
a) Petitions- und Beschwerderecht .....	95
b) Bürgerversammlung .....	95
c) Bürgerantrag; Bürgerbegehren; Bürgerentscheid .....	96
III. Pflichten der Gemeindeangehörigen .....	100
1. Tragung der Gemeindelasten .....	100
2. Anschluss- und Benutzungszwang .....	101
3. Pflicht zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten .....	102

<b>§ 11. Organe der Gemeinde und Gemeindeverfassung</b>	103
I. Hauptorgane	103
1. Gemeinderat	103
a) Wahl und Amtszeit	103
b) Rechtsstellung des Organs und seiner Mitglieder	105
c) Zuständigkeiten	108
2. Bürgermeister	109
a) Wahl und Amtszeit	109
b) Vertretung	112
c) Zuständigkeiten und Aufgaben	113
aa) Ratsvorsitz	113
bb) Geschäfte der laufenden Verwaltung	113
cc) Übertragene Angelegenheiten	114
dd) Dringlichkeitsentscheidungen	115
ee) Leitung der Gemeindeverwaltung	116
ff) Vertretung der Gemeinde nach außen	118
gg) Vollzug von Ratsbeschlüssen und Beanstandungsrecht	120
II. Sonstige Organe und Organteile	122
1. Ausschüsse	122
2. Fraktionen	127
III. Ortschafts- und Bezirksverfassung	132
IV. Die Gemeinderatssitzung	134
1. Geschäftsordnung des Gemeinderats	134
2. Verfahrensgang	135
a) Einberufung	135
b) Prinzip der Öffentlichkeit	138
c) Sitzungsordnung und Hausrecht	141
d) Rede-, Antrags- und Informationsrecht	142
e) Niederschrift	142
3. Beschlussfassung	143
a) Beschlussfähigkeit	143
b) Beschlüsse	144
c) Abstimmungen und Wahlen	145
4. Konsequenzen von Verfahrensfehlern und Heilungsmöglichkeiten	146
5. Ausschluss und Befangenheit	147
a) Ausschluss- bzw. Befangenheitstatbestände	148
b) Folgen der Mitwirkung befangener Gemeinderäte und Heilungsmöglichkeiten	149
<b>§ 12. Gemeindewirtschaft</b>	151
I. Der Gemeindehaushalt	151
1. Grundsätze	152
2. Die Haushaltssatzung	153
3. Der Haushaltsplan	154
4. Finanzplanung	156
II. Gemeindevermögen	156
III. Die Finanzierung kommunaler Aufgaben	158

1. Anteil an den bundesrechtlichen Gemeinschaftssteuern (Art. 106 GG) .....	159
2. Kommunalabgaben .....	160
a) Steuern .....	161
b) Beiträge .....	167
c) Benutzungsgebühren .....	171
d) Verwaltungsgebühren .....	172
3. Kommunaler Finanzausgleich .....	172
a) Grundidee .....	172
b) Verteilungsmodus .....	173
c) Besonderheiten der Kreisebene .....	173
d) Problembereiche des Finanzausgleichs .....	174
4. Sonstige Einnahmen .....	175
IV. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Gemeinde .....	179
1. Abgrenzung wirtschaftliche – nichtwirtschaftliche Tätigkeit ...	179
2. Zulässige kommunale Unternehmensformen .....	183
a) Wirtschaftliche Unternehmen .....	183
aa) Organisationsformen .....	183
bb) Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	188
b) Nichtwirtschaftliche Unternehmen .....	195
c) Rechtsschutz gegen kommunale Wirtschaftstätigkeit; Wettbewerbsprobleme .....	196
aa) Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs .....	197
bb) Statthafte Klageart .....	199
cc) Klagebefugnis .....	199
dd) Begründetheit .....	201
ee) Gemeinschaftsrechtliche Verfahren .....	202
4. Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Betriebe .....	203
a) Organisationsprivatisierung .....	203
b) Funktionale Privatisierung .....	205
aa) Public-Private-Partnership bzw. Öffentlich-Private Partnerschaft .....	206
bb) Modelle der PPP/ÖPP .....	206
cc) Exkurs: Vergaberecht .....	208
c) Materielle Privatisierung .....	211
V. Rechnungslegung und Rechnungsprüfung .....	213
1. Jahresrechnung/Jahresabschluss .....	213
2. Kommunales Prüfungswesen .....	216
a) Örtliche Rechnungsprüfung .....	216
b) Überörtliche Rechnungsprüfung .....	217
3. Beteiligungscontrolling .....	218
<b>§ 13. Haftung der Gemeinde .....</b>	<b>220</b>
I. Öffentlich-rechtliche Haftung der Gemeinde .....	220
1. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche .....	220
2. Haftung der Gemeinde auf Ersatz in Geld .....	221
3. Rückgriff der Gemeinde gegen Gemeindebedienstete .....	221

II. Privatrechtliche Haftung der Gemeinde .....	222
III. Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Verantwortung .....	222

### Dritter Teil. Der Landkreis

<b>§ 14. Rechtsstellung und verfassungsrechtlicher Hintergrund .....</b>	<b>224</b>
I. Der Landkreis als Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts ....	224
II. Die Selbstverwaltungsgarantie der Landkreise .....	225
<b>§ 15. Organe .....</b>	<b>228</b>
I. Kreistag .....	228
II. Kreisausschuss .....	229
III. Landrat .....	230
1. Stellung des Landrats .....	230
2. Landesrechtliche Unterschiede .....	230
3. Wahl- und Abwahlverfahren .....	231
<b>§ 16. Aufgaben .....</b>	<b>232</b>
I. Die Aufgaben der Landkreise .....	232
II. Landkreishoheiten .....	234
III. Die Landkreiswirtschaft .....	234
1. Allgemeines zur Haushaltswirtschaft .....	234
2. Die Kreisumlage .....	235
3. Einnahmequellen nach dem Finanzausgleich .....	236
4. Die Kreissteuer .....	236
IV. Das Regionsmodell als Sonderform der Aufgabenwahrnehmung ...	236
<b>§ 17. Rechtsstellung der Kreiseinwohner .....</b>	<b>237</b>
<b>§ 18. Staatliche Verwaltung im Gebiet des Landkreises .....</b>	<b>238</b>

### Vierter Teil. Der Bezirk

<b>§ 19. Rechtsstellung und Organe .....</b>	<b>240</b>
<b>§ 20. Aufgaben und Aufsicht .....</b>	<b>241</b>

### Fünfter Teil. Kommunale Kooperation

<b>§ 21. Öffentlich-rechtliche Zusammenarbeit .....</b>	<b>242</b>
I. Verwaltungsgemeinschaften .....	242
1. Ausgestaltung in Baden-Württemberg .....	243
2. Ausgestaltung in Bayern .....	245
3. Ausgestaltung in Sachsen .....	247
4. Kommunenübergreifende Gemeinschaftsbehörden anderer Länder .....	249
II. Kommunale Zweckverbände .....	250
III. Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen .....	252

<b>§ 22. Privatrechtliche Zusammenarbeit</b> .....	253
<b>§ 23. Kommunalverbände</b> .....	253
I. Öffentlich-rechtliche Verbände .....	253
II. Kommunale Spitzenverbände .....	254

## **Sechster Teil. Aufsicht und Rechtsschutz**

<b>§ 24. Kommunalaufsicht</b> .....	258
I. Generelle Prinzipien .....	259
II. Rechtsaufsicht .....	260
1. Kontrolle der Gesetzmäßigkeit .....	260
2. Mittel der Rechtsaufsicht .....	261
a) Präventive Mittel .....	261
b) Repressive Mittel .....	262
III. Fachaufsicht .....	265
1. Kontrolle von Recht- und Zweckmäßigkeit .....	266
2. Mittel der Fachaufsicht .....	266
IV. Verhältnis zwischen Bürger bzw. Gemeindeorganen und Aufsichtsbehörde .....	267
<b>§ 25. Der Kommunalverfassungsverstreit</b> .....	269
I. Der Kommunalverfassungsverstreit als Organstreit .....	269
II. Einzelne Zulässigkeits- und Begründetheitsvoraussetzungen .....	270
1. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs .....	270
2. Beteiligten- und Prozessfähigkeit .....	270
3. Klageart .....	270
4. Klagebefugnis .....	272
5. Passivlegitimation .....	273
<b>§ 26. Rechtsschutz der Gemeinde gegen staatliche Maßnahmen</b> ....	274
I. Verwaltungsgerichtliches Verfahren .....	274
1. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Rechtsaufsicht .....	274
2. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Fachaufsicht .....	275
II. Verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle .....	276
III. Landesrechtliche Normenkontrolle und Landesverfassungsbeschwerde .....	277
IV. Kommunalverfassungsbeschwerde .....	279
V. Zivilgerichtliches Verfahren .....	282

## **Anhang Kommunalgesetze der Bundesländer – Normensynopse – ...** 283

Sachverzeichnis .....	307
-----------------------	-----



  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG